

Kiel, 26. April 2022

## Beantwortung Wahlprüfsteine

- 1. LSBTIQ\*-feindlicher Hasskriminalität entgegenwirken. Welche Maßnahmen planen Sie, damit Polizei/Staatsanwaltschaften queerfeindliche Gewalt besser erkennen, aufklären und Betroffene schützen können? (Landesweite Einrichtung von AP LSBTIQ\* bei Polizei / Staatsanwaltschaften / Bund-Länder-Programm)**

Aufklärungs- und Unterstützungsprojekte in den Bereichen queerer Identitäten wollen wir stärken. Dafür wollen wir gemeinsam mit Interessenvertreter\*innen den Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ fortführen und erweitern, um Cis- und Heterosexismus zu bekämpfen. In der Landespolizei sind die Werte einer vielfältigen Gesellschaft bereits in der Aus- und Fortbildung Gegenstand der Vermittlung des Leitbildes der Landespolizei. Der Schutz aller potentiell von Hasskriminalität und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffenen Menschen ist darüber hinaus ein Ziel, dass wir u.a. mit der Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes, aber auch präventiv verfolgen werden. Wir wollen z. B. die Mittelvergabe für öffentliche Politikförderung an das Kriterium der Diversität koppeln.

- 2. Aktionsplan weiterentwickeln und finanziell untersetzen. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten „Echte Vielfalt“ auskömmlich finanziert, im Haushalt untersetzt, weiterentwickelt sowie die Geschäftsstelle bedarfsgerecht ausfinanziert wird?**

Die SPD hat sich erstmals in der Küstenkoalition für den Aktionsplan stark gemacht und diesen mit finanziellen Mittel unterlegt. Der Aktionsplan hat sich in den letzten Jahren entwickelt und wir wollen gemeinsam mit Interessenvertreter\*innen den Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ fortführen und erweitern, um Cis- und Heterosexismus zu bekämpfen. Die Studie zu den Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ\* in Schleswig-Holstein stellt explizit sieben Bereiche mit Handlungsbedarfen fest. Hieran wollen wir arbeiten. Wir wollen zudem die Geschäftsstelle „Echte Vielfalt“ als landesweite Ansprech- und Netzwerkstelle stärken, um die Anliegen der Community noch breiter aufgestellt zu vertreten. In der

Landesverwaltung schaffen wir eine zentrale Zuständigkeit für LSBTIQ\*-Themen. Darüber hinaus werden wir landesweit agierende Institutionen weiter fördern.

Wir unterstützen zudem das Vorhaben der Bundesregierung, einen Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu erarbeiten, ihn finanziell unterlegt umzusetzen und auch die Länder bei der Umsetzung zu unterstützen. Unter anderem wird dabei die Aufklärung an Schulen und in der Jugendarbeit fokussiert.

**3. Regenbogenfamilien stärken. Wie wollen Sie Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans\* oder inter\* Eltern) stärken, niedrigschwellige Beratungsangebote schaffen und Jugendämter sowie die Strukturen der Frühen Hilfen sensibilisieren?**

Wir machen uns für die Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten stark. Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Heute gibt es viele Formen von Familie. Regenbogenfamilien werden wir in der Familienpolitik stärker verankern. Wir setzen uns für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner\*innen in der Ehe ein, insbesondere bei Adoptionen.

Wir begrüßen das Engagement der Bundesregierung, damit Regenbogenfamilien und in der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen/Lebenspartnerschaften in allen Mitgliedsstaaten mit allen Rechtsfolgen anerkannt werden. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen.

Für uns ist außerdem wichtig, dass die Familienbesteuerung so weiterentwickelt wird, dass die partnerschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Unabhängigkeit mit Blick auf alle Familienformen gestärkt werden. Außerdem sollte außerhalb der Ehe die Elternschaftsanerkennung unabhängig vom Geschlecht der anerkennenden Person oder von einem Scheidungsverfahren möglich sein.

**4. Regenbogenkompetenz in der Jugendarbeit. Wie wollen Sie die Regenbogenkompetenz (professioneller u. diskriminierungsfreier Umgang) in den Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sowie -hilfe erhöhen und dafür sorgen, dass das Thema in die Aus- und Fortbildung von Fachkräften aufgenommen wird?**

Wir treten für eine diskriminierungsfreie Kinder- und Jugendarbeit ein. Das schließt die Diversität sexueller Orientierungen ein. In Jugendclubs, Sportvereinen und anderen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sollen sich alle jungen Menschen sicher und wertgeschätzt fühlen. Dazu braucht es die geschlechtersensible Aus- und Fortbildung von Fachkräften.

**5. Diskriminierungsschutz ausbauen – Vielfalt fördern. Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesverfassung LSBTIQ\*-inklusiv ausgestaltet, ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg gebracht und LSBTIQ\* im**



## **NDR-Rundfunkrat Sitz und Stimme bekommen?**

Wir wollen Opfer der Diskriminierung konkret unterstützen und rechtlich schützen. Daher wollen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz in Schleswig-Holstein einführen. Eine Änderung der Landesverfassung halten wir dann für sinnvoll, wenn wir damit eine konkrete Verbesserung der Situation und Akzeptanz der Betroffenen erreichen können. Das werden wir prüfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle gesellschaftlich relevanten Gruppen im Rundfunkrat abgebildet werden und dieser auch die gesellschaftliche Vielfalt des Landes ausreichend repräsentiert.

### **6. Respekt in Bildung vermitteln – Vielfalt im Unterricht sichtbar machen. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Schulgesetz und die Lehrpläne LSBTIQ\*-inklusiv ausgestaltet werden, die Regenbogenkompetenz der Lehrkräfte erhöht wird und Schulaufklärungsprojekte flächendeckend gefördert werden?**

Wir treten für eine inklusive und diskriminierungsfreie Schule ein, deren Ziele in §4 des Schulgesetzes beschrieben sind. Das schließt die Diversität sexueller Orientierungen ein. Die Schulen können und sollen junge Männer, Frauen und Diverse dabei unterstützen, einen offenen, vorurteilsfreieren Austausch und vor allem Sicherheit im Umgang mit dem Thema zu finden. Wir fördern deshalb auch Kooperationsangebote mit Fachberatungsstellen zur Sexualpädagogik.

Wir wollen Schulen durch eine Qualifizierungs- und Fortbildungsoffensive darin unterstützen, dass sie Präventions- und Interventionskonzepte mit externer Unterstützung entwickeln und weiterentwickeln können, um Schüler\*innen bestmöglich vor Mobbing und Gewalt (auch in digitaler Form) zu schützen und zu einer Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen zu finden. Dazu wollen wir das IQSH und andere Träger der Lehreraus- und -weiterbildung stärken.

### **7. Fachgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote für trans\* und inter\* Menschen aufbauen. Wie wollen Sie Angebotsstrukturen initiieren und dafür sorgen, dass auch die Pflege und der Gesundheitsbereich sensibilisiert und das Thema in Aus- und Fortbildungen aufgenommen wird?**

Die SPD hat sich im Landtag für die finanzielle Förderung einer Trans-Beratungsstelle im Haushaltsjahr 2022 eingesetzt und einen Haushaltsantrag gestellt. Dieser wurde von der Jamaika-Koalition abgelehnt. Wir werden uns wieder dafür einsetzen.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, das Transsexuellengesetz abzuschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz zu ersetzen. Dieses soll einerseits die Stärkung der Aufklärungs- und Beratungsangebote beinhalten und beachtet andererseits unter anderem auch den Gesundheitsbereich, welcher der Sensibilisierung gegenüber trans\* und inter\* Menschen bedarf. So sollen geschlechtsangleichender Behandlungen vollständig von der GKV übernommen werden. Im Gesetz sollen zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung Umgehungsmöglichkeiten beseitigt werden.

Darüber hinaus wollen wir ein LSBTI-inklusives Gesundheitssystem. Deshalb begrüßen wir die Gesundheitsberichterstattung zur gesundheitlichen Lage von lesbischen, schwulen, bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen des Bundes von 2020.

**8. Queere Geflüchtete schützen. Wie wollen Sie die fachspezifischen Anlaufstellen für LSBTIQ\*-Geflüchtete (Verfahrensberatung, psychosoziale Beratung) stärken, für den flächendeckenden Ausbau der Beratungsstrukturen sorgen und Geflüchtete in und um Unterkünfte vor Gewalt und Anfeindungen schützen?**

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass geschlechtsspezifische Gründe im Asylverfahren stärker berücksichtigt werden, um die Betroffenen besser vor Verfolgung schützen zu können. Für alle Geflüchteten gilt, dass wir Behörden und unabhängige Beratungsstellen wie die der Antidiskriminierungsstelle, der Migrationsberatung, der Rückkehrberatung und der psychosozialen Beratung unabhängig durch das Land fest finanzieren und fördern wollen. In diesem Rahmen wird es auch ein Angebot für LSBTIQ\*-Geflüchtete geben. Um den Schutz von besonders gefährdeten Geflüchteten gewährleisten zu können, werden wir ggf. alternative Unterbringungsmöglichkeiten prüfen.